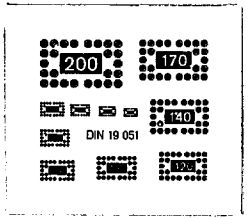

AfA

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation in der SPD

Der Bundesvorstand

Leitlinien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Vorgelegt vom Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) am 13. April 1986

Vorwärts diskutieren und nicht verzetteln Seite 1

Erklärung von Rudolf Dreßler
Bundesvorsitzender der AfA
zur Vorlage der Leitlinien

Leitlinien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik Seite 7

C 99 - 03683

SPD-Parteivorstand
Ollenhauerstraße 1
Postfach 2280
5300 Bonn 1

Tel. (02 28) 53 21
Telegramm-Adresse:
Sopade Bonn
Telex 8 86 306

Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 380 101 11
Konto-Nr. 1011 401 700
SPD-Parteivorstand, Bonn

Postgiroamt Köln
BLZ 370 100 50
Konto-Nr. 12 700-501
SPD-Parteivorstand, Bonn

Vorwärts diskutieren und nicht verzetteln

Zur Vorlage der Leitlinien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik erklärt Rudolf Dreßler, MdB, Bundesvorsitzender der AfA:

Mit einiger Sorge stellt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD fest, daß die wirtschaftspolitische Diskussion zu zerfasern droht. Im Streit um Formeln, um Begriffe, aber auch um Aussagen, in denen nicht getrennt wird, was eigentlich Ziel sozialdemokratischer und mehrheitsfähiger Politik sein könnte und was allenfalls Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist, drohen die Konturen verloren zu gehen.

Der politische Gegner erhält die Gelegenheit, die Auseinandersetzung auf Nebenschauplätzen mit uns zu führen - und damit von den konkreten Unterschieden zwischen reaktionärer Politik, wie sie die Regierungskoalition betreibt, und unseren Vorschlägen abzulenken.

Wer sich in einem unbestreibar gemischten Wirtschaftssystem, in dem gerade konservative Regierungen Investitionslenkungen größten Ausmaßes betreiben, auf eine Debatte einläßt, die den Anschein erweckt als ginge es um die Entscheidung zwischen Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, der hat schon verloren. Und ebenso verloren hat in der Mitte der 80er Jahre jeder, der glaubt, er bekäme von den Wählern Freibriefe für eine Erhöhung der Staatsquote, ohne sehr genau zu sagen, was für eine Politik mit diesen staatlichen Mitteln betrieben werden soll.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat auf ihrer Bundeskonferenz in Hannover für sehr viele Bereiche der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik Beschlüsse gefaßt, die auf sehr viel Zustimmung gestoßen sind. In dem Entwurf der Wirtschafts- und Finanzpolitischen Kommission und ihrer Unterkommission (z.B. Arbeit und Technik), in den Entwürfen der SPD-Bundestagsfraktion, z.B. für die Mitbestimmung bei Einführung und Anwendung neuer Technik, im Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit oder ihren Vorschlägen zur Umweltpolitik verfügt die SPD über hervorragende Konzepte für ein Regierungsprogramm und für die Regierungspolitik.

Damit diese gute Ausgangsposition nicht ohne Not verschüttet wird, legt die AfA einen Entwurf für Leitlinien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik vor. Sie sollen der Partei und der interessierten Öffentlichkeit ein überschaubares und glaubwürdiges Bild sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik vermitteln.

C 99 - 03683

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Denn dies wird entscheidend sein:
Glaubwürdig zu vermitteln, daß bei jeder Entscheidung, die eine sozialdemokratische Bundesregierung zu fällen hat, die Bewältigung der Hauptaufgaben, wie sie in den Leitlinien beschrieben sind, im Vordergrund steht. Es geht darum deutlich zu machen, daß in unserer Wirtschaftspolitik nicht nur ein Teil der Bevölkerung auf Kosten der Mehrheit bedient wird, sondern daß es um die Interessen der ganzen Gesellschaft, vor allem der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und um die Zukunftssicherung geht.

Die SPD kann sich auf vieles stützen, was in und mit der Sozialdemokratie bereits vorgedacht wurde: z.B. die weitreichenden Vorstellungen des Orientierungsrahmen '85 über den zusammengefaßten Einsatz der öffentlichen Investitionsmittel zugunsten von Umwelt und Infrastruktur.

Zu unsrem Fundus gehören auch die in den Gewerkschaften vorgedachten Vorstellungen zur gesellschaftlichen Verantwortung für Schlüsselinvestitionen für und in der Wirtschaft.

Für die Lösung der drängenden Probleme der Entwicklungsländer stehen die Vorschläge der Nord-Süd-Kommission unter Leitung von Willy Brandt, nach wie vor auf der Tagesordnung.

Und es gilt nach wie vor, was in unseren eigenen Beschlüssen, aber auch im Wahlprogramm 1983 niedergelegt ist, z.B. für die Lösung von Struktur- und Beschäftigungskrisen in den traditionellen Industriebranchen, die neue gesellschaftsrechtliche Wege nicht ausschließen, wenn privatwirtschaftlicher Egoismus vernünftige Lösungen verhindert.

Die SPD darf sich nicht in Scheindiskussionen verzetteln, sie muß, orientiert an den Problemen der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen, an den Problemen der Umwelt und des vor uns liegenden Strukturwandels nach vorne diskutieren.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik darf sich nicht an Ideologien orientieren. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muß sich ebenfalls kurzsichtigen Interessen kleiner, aber mächtiger Gruppen verschließen.

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik steht die Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bürger. Die Sozialdemokraten stellen

die Sozialpflichtigkeit und den allgemeinen Nutzen des Wirtschaftens dem Wirtschaftsegoismus entgegen, weil unsere ganze Gesellschaft eine Zukunft braucht. Sozialdemokratische Politik beschränkt sich nicht auf die Förderung von privaten Investitionen, die Sicherung von Gewinnspannen und die Reparatur von Schäden.

Es gehört zu den Aufgaben von Regierungen, die ihrem Auftrag gerecht werden wollen, absehbare Fehlentwicklungen zu vermeiden, Vorsorge für die Zukunft der Gesellschaft zu treffen und an der ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten.

Deshalb setzen wir den am Wirtschaftsleben beteiligten, den privaten, den gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen, Wissenschaft und Technik Ziele, die wirtschaftlichen, ökologischen sowie sozialen Fortschritt versprechen und damit im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen.

Unsere Vorstellungen von Wirtschaften werden begünstigt, weil sich unser land auf unabsehbare Vorzüge stützen kann:

- Unser Land verfügt über eine leistungsfähige Wirtschaft. Es zählt zu den reichsten Ländern der Erde;

- der Bildungsstand und die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer sind besser als jemals zuvor;

- die Entwicklung neuer technischer Möglichkeiten und die Fortentwicklung des Wissens bieten ganz neue Chancen für die menschengerechte Gestaltung der Arbeit, für die Steigerung der Qualität der Produkte menschlicher Arbeit und für eine Verkürzung der Arbeitszeit;

- gestiegenes Wissen um die Zusammenhänge der Ökologie und neue technische Möglichkeiten eröffnen die Chance zur umweltgerechten Modernisierung der Industriegesellschaft;

- die hohe Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft macht es möglich, die nötigen Mittel und die notwendige Arbeitszeit für die Beseitigung sozialer Mängel abzuwenden;

- der Reichtum unseres Landes reicht aus, um Not und Armut zu beseitigen, um menschengerechte Lebensbedingungen für alle Bürger zu schaffen;

- der Reichtum unseres Landes ist auch groß genug, um den Ländern der Dritten Welt zu helfen, Armut und Unterentwicklung zu überwinden.

Gleichwohl bleiben Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik bestehen, die über einen Zeitraum von vier Jahren hinausreichen.

Seit der Ölpreiskrise des Jahres 1974 befinden sich die Industrieländer in einem tiefen wirtschaftlichem Umbruch - und nicht nur sie, sondern auch die Entwicklungsländer sowie die Staaten, die sich zum "wirklichen Sozialismus" rechnen.

a) Ein schon vorher im längeren Zeitraum flacher gewordenes Wirtschaftswachstum hat sich ausgewachsen zu einer Massenarbeitslosigkeit. Diese millionenfache Arbeitslosigkeit überspringt heute mühelos konjunkturelle Aufschwünge.

b) Seit Ende der sechziger Jahre bestanden Währungsunsicherheiten, die umgeschlagen sind in eine weltweite Währungskrise, für die noch niemand eine wirkliche Lösung gefunden hat.

c) Die nur mühsam voranschreitende Entwicklung in vielen Ländern der Dritten Welt ist umgeschlagen in eine Lage, die vielfach nur als verzweifelt bezeichnet werden kann.

d) Zeitlich parallel zur Weltwirtschaftskrise sind uns allen die Augen aufgegangen, daß unsere natürlichen Lebensgrundlagen bereits schwer geschädigt sind.

e) Am egoistischsten und unbeweglichsten verhalten sich die großen Konzerne, die großen Kapitalgruppen. Statt den Menschen zu helfen, Wege aus verfahrenen Situationen zu finden, setzen sie weiter stur auf den unerbittlichen Kampf um neue Marktanteile auf im Grunde alten Märkten. Weltweit haben sie so große Kapazitäten für einen eingegrenzten Markt aufgebaut, daß eingesetztes Kapital unrentabel zu werden droht - dabei ist unsere Welt eigentlich noch ein Abgrund an Bedürfnissen.

f) Vielfach flüchten Unternehmer mit Milliardengewinnen in Finanzanlagen oder suchen ihr Heil in dem weiteren Ausbau der Rüstungswirtschaft - SDI ist das beste Beispiel. Jedenfalls fehlen Abermilliarden für sinnvolle Investitionen.

g) Konservative Wirtschaftspolitik seit 1974 hat die Krise noch verschärft - wir können dies an der Lage Großbritanniens unter Premierministerin Thatcher studieren.

h) Wo gesicherte soziale Bindungen bestanden, um die Arbeitnehmer an der ganzen Wertschöpfung einer Volkswirtschaft zu beteiligen, rückten diese Bindungen ins Zentrum sozialer und politischer Pressionen - der Streit um den § 116 AFG gehört hierher.

Die Aufgaben und Herausforderungen, die aus diesen Entwicklungen resultieren, können umso besser bewältigt werden, je schneller der Durchbruch zu einer neuen Qualität in den internationalen Beziehungen, vor allem zwischen den Ländern Europas geschafft wird.

Die von uns vorgelegten wirtschaftspolitischen Leitlinien können nach unserer Überzeugung auch das Gerüst für eine erfolgversprechende gemeinsame Strategie der in der EG vereinten Länder bieten.

Die nationalen Konjunktur-, Struktur-, Agrar- und Sozialpolitiken in Europa müssen so abgestimmt werden, daß sie einem gemeinsamen Zukunftskonzept nicht mehr im Wege stehen. Dieses Konzept sollte darüber hinaus so angelegt sein, daß es partnerschaftlichen wirtschaftlichen Bindungen zu den Ländern der Dritten Welt nicht im Ansatz stört.

Als wesentliches Element gehört hierher auch die Bändigung der internationalen Finanzmärkte, die heute noch jede nationale Anstrengung, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, zerstören können.

Gelingt das nicht, wird es auch nicht möglich sein, die ökonomischen Ursachen immer größeren Rüstungsausgaben zu beseitigen.

Für die Arbeitnehmer ist unverzichtbar in diesem europäischen Rahmen, daß

- das Unternehmensrecht grundlegend umgestaltet wird und damit Mitbestimmung Wirklichkeit wird;

- das Arbeitsrecht international umgestaltet wird, um den Arbeitnehmerorganisationen länderübergreifende Aktionen gegen mächtige Konzerne und Kapitalgruppen zu erleichtern.

Es besteht eine enge Verbindung zwischen den international notwendigen Schritten zur Absicherung von Handlungskonzepten und unserer ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft selber.

Die ökologische Modernisierung stellt hohe Anforderung an Staat, Wirtschaft, Verbraucher, Steuersystem und die großen gesellschaftlichen Gruppen. Alle diese Gruppen sind gefragt und um ihren Sachverstand gebeten.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen pocht darauf, daß ein längerfristiges wirtschaftspolitisches Handlungskonzept auch verzahnt ist mit den Wegen, die die SPD auf sozialpolitischem Gebiet einschlagen will: Zu denken ist hier u. a. an einen eigenständigen Wertschöpfungsbeitrag, damit die Alterssicherung langfristig auf stabilen Füßen steht. Erst aus der Kombination und Verzahnung von Wirtschafts- und Sozialpolitik heraus ist es sinnvoll, schlüssige Aussagen über Staats- und Abgabenquote zu machen. Viel sinnvoller scheint es, über steuerliche Gerechtigkeit nachzudenken, d. h. darüber wie und wer die Mittel zur Bewältigung der Aufgaben der Allgemeinheit aufbringt.

Eines liegt schon jetzt auf der Hand:

Die derzeitige Bundesregierung wird noch weitere Milliarden für Vorwahlgeschenke ausgeben. Die Planzahlen des Finanzministers, des Wirtschafts- und des Arbeitsministers sind unglaubwürdig. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird eine gründliche Kassenprüfung vornehmen und das Chaos ordnen müssen, um entschlossen gegen neu geschaffene Armut, Massenarbeitslosigkeit und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen anzukämpfen.

/7

Leitlinien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Vorgelegt vom AfA-Bundesvorstand

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist ein entscheidender Teil der sozialdemokratischen Politik für die Erneuerung der Gesellschaft.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine dynamische, möglichst vielfältige Gesellschaft, in der die Menschen eine Chance zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit, zur Teilhabe am Reichtum der Gesellschaft und zur Mitgestaltung und Mitentscheidung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben.

Eine solche Gesellschaft ist auf die solidarische Zusammenfügung ihrer Kräfte, auf einen handlungsfähigen und handlungswilligen Staat ebenso angewiesen wie auf die Chance zum Interessenausgleich. Die Politik hat die Verantwortung für den Ausgleich der Interessen.

Zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist die Vorsorge für die Existenzfähigkeit der Gesellschaft in der Zukunft:
- Die Bewahrung des inneren und äußeren Friedens,
- die Bewahrung und ständige Verbesserung der Lebensbedingungungen der Bürger,
- die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und auf kurze und mittlere Sicht die Reparatur der Umweltschäden.

Diesen Zielen dient sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Unsere Wirtschaftspolitik - wie das Wirtschaftssystem insgesamt - muß sich daran messen lassen, ob sie einen Beitrag leistet zur bestmöglichen Befriedigung der materiellen, sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen.

Für die Politik darf es kein dauerhaftes Übergewicht eines Zieles geben. Es ist Aufgabe der Politik, mit allen als geeignet erscheinenden Instrumenten den Rahmen für einen möglichst großen, zugleich wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt vorzugeben.

Ein dauerhaftes Übergewicht eines Zieles führt unweigerlich zu Wohlfahrtsverlusten für die ganze Gesellschaft. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Umweltkrise sind die Folge des politischen und gesellschaftlichen Übergewichtes der wirtschaftlichen Ziele der privaten Unternehmen und Kapitalbesitzer.

/8

Die Ausgangslage für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik

- Unser Land verfügt über eine leistungsfähige Wirtschaft und zählt zu den reichsten Ländern der Erde,
- der Bildungsstand und die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer sind besser als jemals zuvor,
- die Entwicklung neuer technischer Möglichkeiten und die Fortentwicklung des Wissens bieten ganz neue Chancen für die menschengerechte Gestaltung der Arbeit, für die Steigerung der Qualität der Produkte menschlicher Arbeit und für eine Verkürzung der Arbeitszeit,
- gestiegenes Wissen um die Zusammenhänge der Ökologie und neue technische Möglichkeiten eröffnen die Chance zur umweltgerechten Modernisierung der Industriegesellschaft,
- die hohe Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft macht es möglich, die nötigen Mittel und die notwendige Arbeitszeit für die Beseitigung sozialer Mängel und für die Aufgaben der Allgemeinheit aufzuwenden.
- der Reichtum unserer Gesellschaft reicht aus, um Not und Armut zu beseitigen, menschengerechte Lebensbedingungen für alle Menschen zu schaffen.

Unübersehbar sind zugleich die Probleme

- Seit Jahren ist die exportierende Industrie nahezu ausschließlich Träger der wirtschaftlichen Entwicklung.

  Je stärker innerhalb traditioneller Exportstrukturen auf die Ausweitung des Exportes über das jeweilige weltwirtschaftliche Wachstum hinaus gesetzt wird, umso größer wird die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von der weltwirtschaftlichen Entwicklung werden und umso mehr werden die Widerstände anderer Industrienationen und der Schwellenländer wachsen.

- Der Rückgang der öffentlichen Investitionen und die Beschneidung der Massenkaufkraft führen zur schleppenden Entwicklung der Binnenkonjunktur, zu Pleitenrekorden und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Die zur Zeit durch die Exporterfolge hervorgerufene inländische Investitionsgüternachfrage darf darüber ebensowenig hinwegtäuschen wie die Auswirkung des derzeitigen Zusammenbruchs der Energiepreise. Die millionenfache Arbeitslosigkeit überspringt heute mühelos konjunkturelle Aufschwünge.

- Die Hochzinspolitik, die Gewinnsituation der exportstarken Konzerne, der Mangel an durch Produktinnovationen geschaffenen Anlagemöglichkeiten und die Risikoscheu der Banken gegenüber Neugründungen und kleinen und mittleren Unternehmen begünstigen den sich beschleunigenden Konzentrationsprozeß.

- Die entwickelten Industrienationen befinden sich nach wie vor in einem internationalen Nullsummenspiel: Auf den begrenzten Märkten der Industrienationen und der Schwellenländer für private Konsumgüter und die zu ihrer Produktion notwendigen Investitionsgüter konkurrieren die Industrienationen bzw. ihre internationalen Konzerne bei ständig wachsenden Kapazitäten mit gleichen Methoden um Marktanteile: Druck auf die Löhne und soziale Standards, Schwächung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer, Einsatz neuer technischer Möglichkeiten fast ausschließlich zur Prozeßinnovation mit dem Ergebnis des Ersatzes menschlicher Arbeit, Behinderung des Technologietransfers, Abwälzung der Kosten dieser Strategie auf die Allgemeinheit, u.a. in Form der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltzerstörung.

- Konservative Wirtschaftspolitik verschärft seit der Ölkrise 1974 diesen Prozeß. Wo immer es in einem Land gesicherte soziale Beziehungen gab, um die Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am noch immer wachsenden gesellschaftlichen Reichtum zu sichern, wurden und werden diese zerstört. Seit 1983 treiben konservative Regierung und organisierte Unternehmerschaft diesen Prozeß auch in der Bundesrepublik Deutschland voran.

  Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die in den entwickelten Ländern steigende Armut und die Vernachlässigung öffentlicher Aufgaben sind ein Beleg für die Unfähigkeit konservativer politischer Vorstellungen, einen Beitrag zur Lösung der Probleme in den entwickelten Ländern zu leisten.

- In vielfältiger Weise trägt die Handlungsweise der Regierungen und das Verhalten der internationalen Konzerne und Großbanken zur verzweifelten Lage der Länder der Dritten Welt bei.

- Die Militarisierung von Wissenschaft, Technik und Information in der bedeutendsten Volkswirtschaft der Welt setzt sich fort.

  Diese Strategie wissenschaftlicher, technischer und industrieller Entwicklung verstärkt nicht nur die Abhängigkeit aller anderen Staaten und stellt eine Fehlleitung weltweit Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals dar, sie prägt zugleich der technischen Entwicklung einen militärischen Charakter auf, in dem die drängenden Probleme keinen Platz haben:

Energie- und Rohstoffeinsparung, Bekämpfung der Umweltzerstörung durch die umweltgerechte Modernisierung der industriellen Produktion, arbeitnehmergerechte Modernisierung der Erwerbsarbeit, demokratische und dezentrale Informations- und Kommunikationsstrukturen in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und international.

In diesem Prozeß drohen die traditionellen Vorteile unserer und der europäischen Volkswirtschaften verloren zu gehen, wie z.B. qualifizierte und handlungsfähige Arbeitnehmer, kleine und mittlere hochflexible Produktionseinheiten, relativ hohe Umsetzungsgeschwindigkeiten neuer tec[illegible]her Möglichkeiten in die Anwendung, freier und unbehinderter Informationsfluß zwischen Wissenschaft und Technik.

- Die Fortsetzung der Hochrüstungspolitik ist eine weltweite Verschwendung von Gemeinschaftsmitteln, von Rohstoffen und Energie, von wissenschaftlich-technischen Ressourcen, die gravierende Wohlfahrtsverluste für alle Volkswirtschaften mit sich bringt.

- Die grundlegenden Probleme der Mehrheit der Weltbevölkerung (Nahrung, Energieversorgung, Einkommen etc.) sind nicht annähernd gelöst, die Weltwährungsprobleme haben nichts von ihrer Bedrohlichkeit verloren.

Die nationalen und internationalen ökologischen Folgen der industriellen Produktion sind in weiten Teilen noch nicht einmal ausreichend erkannt, geschweige denn bewältigt.

Insgesamt ist festzustellen: Mehr als 10 Jahre nach dem Ölpreisschock von 1974 hat die konservative Führungsschicht in den Industrienationen ignoriert, daß eine Phase industrieller Entwicklung vorbei ist, in der eine Strategie erfolgreich war, die allein auf die Ausweitung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen setzt, für die eine private Nachfrage vorhanden ist.

Der Übergang in eine Entwicklungsphase, in der neben der Befriedung einer nur gesamtgesellschaftlich organisierbaren Nachfrage (z.B. im Umweltschutz) auch für private Güter und Dienstleistungen qualitative Kriterien im Vordergrund stehen, muß noch bewältigt werden.

Unser Wirtschaftssystem

Unser Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland ist ein gemischtes Wirtschaftssystem. Private und öffentliche Wirtschaftstätigkeit, regelnde Eingriffe in das private Wirtschaftsgeschehen sind längst Bestandteil der Politik. Deshalb gilt für uns: Wirtschaftspolitik darf sich weder an sinnentleerten Ideologien noch an den kurzsichtigen Interessen kleiner, aber mächtiger Gruppen in der Gesellschaft orientieren. In ihrem Mittelpunkt muß die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bürger, die Abwendung der Gefahren, die aus privater Wirtschaftstätigkeit erwachsen, und die Zukunftsvorsorge stehen.

Wirtschaftspolitik muß die soziale Verpflichtung und den gesellschaftlichen Nutzen des Wirtschaftslebens jedem Wirtschaftsegoismus entgegenstellen, damit unsere gesamte Gesellschaft und nicht nur einige Begüterte und einige Unternehmen eine Perspektive für die Zukunft haben.

Die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit machen deutlich, daß im Marktgeschehen die absehbaren Probleme der Zukunft kein ausreichendes Gewicht haben.

Diese Lücken muß die Gemeinschaft, der Staat, ausfüllen. Mit Zielvorgaben, mit der Gestaltung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich der Marktprozeß vollzieht, und mit eigenem Tun.

Im politischen Prozeß müssen die öffentlichen Aufgaben definiert und Wege zur Erfüllung dieser öffentlichen Aufgaben bestimmt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, staatliches Handeln um jeden Preis zu wollen. Viele andere Elemente können ebenso zu einer sozial verträglichen wirtschaftlichen Entwicklung der gemeinschaftlichen Zukunft beitragen. Dazu gehören z.B.:
- die Stärkung der Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte der Arbeitnehmer,

- die Stärkung öffentlicher Unternehmen und anderer Unternehmensformen, die als Korrekturfaktor im Marktgeschehen wirken können, z.B. Genossenschaften,

- die Stützung kleiner und mittlerer Unternehmen gegen die zunehmende Kapital- und Machtkonzentration,

- die Verhinderung weiterer Machtkonzentration bei den Großbanken.

Wir lehnen abstrakte Debatten über Staatsquoten und staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß ab. Vielmehr geht es um die jeweils geeigneten Maßnahmen, um die im politischen Diskussionsprozeß für vordringlich gehaltenen Aufgaben zu erfüllen.

Unser Weg

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik beschränkt sich nicht auf die Förderung von privaten Investitionen, die Sicherung der Gewinnspannen und die Reparatur von Schäden, die durch die unvermeidbaren Mängel eines jeden Wirtschaftssystems hervorgerufen werden, das nur in der Lage ist, auf dem Hintergrund kurzfristig betriebswirtschaftlich erfaßbarer Daten zu entscheiden.

Es gehört zu den Aufgaben einer Regierung, die ihrem Auftrag gerecht wird, absehbare Fehlentwicklungen zu vermeiden, Vorsorge für die Zukunft der Gesellschaft zu treffen und für die ständige Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

Deshalb setzen wir den am Wirtschaftsleben beteiligten, den privaten, den gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen, Wissenschaft und Technik Ziele, die mittel- und langfristig wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fortschritt versprechen und damit im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen.

Mit allen einer demokratisch gewählten Regierung zur Verfügung stehenden Mitteln streben wir die Bewältigung der Hauptaufgaben der nächsten Jahre an:

1. Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit,
2. umweltgerechte Erneuerung der Industriegesellschaft,
3. mehr Chancengleichheit zur Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen und die Rückkehr zur sozialen Gerechtigkeit in der Politik,
4. menschengerechte Modernisierung der Erwerbsarbeit unter Nutzung aller Chancen, die neue technische Möglichkeiten und die vielfältigen Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bieten.

Von ganz zentraler wirtschafts-, konjunktur- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung sind zwei zugleich industrie- und gesellschaftspolitische Aufgaben, die in der nächsten Legislaturperiode bewältigt werden müssen:

1. Die umweltgerechte Modernisierung der Industriegesellschaft

Nur wenn wir in und mit den Mitteln der Industriegesellschaft diese Aufgabe bewältigen, können wir auf Dauer die Zukunft der Industriegesellschaft sichern und damit die Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessern.

Ziel unserer Politik für die Linderung der Umweltnot ist:

- Drastische Reduzierung von Lärm, Staub, Abgasen, giftigen Abfällen und Müll im Produktionsprozeß und bei den Produkten,
- drastische Reduzierung des Verbrauchs von Rohstoffen, Energie und Wasser,
- drastische Reduzierung des Einsatzes von Chemikalien in der Landwirtschaft,
- Ersatz umweltbelastender Stoffe und Verfahren,
- Wiederverwertung von Abfällen, Wiederverwertbarkeit neu zum Einsatz kommender Materialien,
- Verbesserung des Wohnumfeldes, menschengerechte Sanierung der Städte und Gemeinden, die allen Verkehrsteilnehmern ein besseres Nebeneinander ermöglicht,

- eine neue Verkehrspolitik, die alle Verkehrsträger sinnvoll miteinander kombiniert und die einseitige Bevorzugung eines Verkehrsträgers überwindet.

Mittel unserer Politik werden sein:

- Das Sondervermögen "Arbeit und Umwelt", von dem neben der markteröffnenden Wirkung für viele Anbieter wesentliche Beiträge zur Verbesserung der Umweltsituation und der Beschäftigungslage zu erwarten sind. Die Finanzierung mit einer maßvollen Erhöhung der Energiepreise ist sachgerecht, sozial verträglich und beschleunigt den notwendigen Prozeß zur Energieeinsparung,

- sachgerechte Gebote und Verbote sowie Schadstoffabgaben, die den Gebrauch umweltbelastender Produkte und Produktionsverfahren, knapper Rohstoffe und öffentlicher Güter wie Luft und Wasser dynamisch zurückdrängen und zu beständigem technischem Fortschritt im Interesse der Umwelt führen,

- Absprachen mit Industriebranchen und Einzelunternehmen über realistische Zeiträume zum Ersatz umweltbelastender Produkte und Produktionsverfahren unter Beteiligung der betroffenen Gewerkschaften und Betriebsräte,

- Verschärfung des Umwelthaftungs- und Strafrechtes,

- konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips bei der Beseitigung von Altlasten und bei neu entstehenden Lasten,

- Beseitigung der Ursachen für spezifische Berufserkrankungen.

Insgesamt ist festzuhalten:

Wir setzen ganz überwiegend auf Instrumente, die die Entscheidungsgrundlagen der Unternehmen verändern und umweltgerechtes Verhalten unterstützen. In vielen Bereichen werden Investitionen der öffentlichen Hände sinnvoll sein und damit die Auftragslage und Beschäftigung vieler Anbieter verbessern. Jede Minderung der Umweltbelastung stellt eine Reduzierung der volkswirtschaftlichen Kosten dar und trägt damit auf Dauer zur Konkurrenzfähigkeit unserer Volkswirtschaft bei.

Das Ziel, die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland zum Spitzenreiter als Anbieter und Anwender umweltgerechter Produkte und Produktionsverfahren zu machen, deckt sich mit unserer Struktur der Industrie und sichert eine hervorragende Ausgangsposition für einen sich in den nächsten Jahren drastisch vergrößernden internationalen Zukunftsmarkt.

Dies gilt in gleicher Weise für den zweiten großen Aufgabenbereich.

2. Die menschengerechte Modernisierung der Arbeitswelt

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen wollen wir verbinden mit einer Politik zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Neue technische Möglichkeiten sollen im produktiven Zusammenwirken mit gut qualifizierten und weiter qualifizierbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt werden für die Überwindung der noch immer vorherrschenden Tendenz zur Zerstückelung der Arbeitsabläufe, zur Dequalifizierung, zur Verlagerung von Entscheidungen und Gestaltungsspielräumen aus dem unmittelbaren Arbeitsprozeß heraus. Die Vorteile einer überdurchschnittlich qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerschaft drohen so gegenüber anderen Industrie- und Schwellenländern nicht hinreichend zur Geltung zu kommen.

Zugleich ist die sehr unterschiedliche Einkommensentwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und der Arbeitnehmereinkommen ein Beleg für die mangelnde Beteiligung der Arbeitnehmer an den Erträgen des Produktivitätsfortschrittes.

Wir setzen auf:

Arbeitszeitverkürzung

Die Fortsetzung des Prozesses der Arbeitszeitverkürzung in allen geeigneten Formen ist unverzichtbar. Ein Schwergewicht mit wirksamen Beschäftigungseffekten liegt dabei auf der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der freiwilligen Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Für die Gestaltung der Arbeitszeitverkürzung sind die Tarifvertragsparteien zuständig. Im Interesse des sozialen Friedens fordern wir die Arbeitgeber jedoch auf, ihren Tabu-Katalog aufzugeben.

Mit einem Arbeitszeitgesetz muß unverzüglich ein zeitgerechter Rahmen gesetzt und Überstunden auf das notwendige Maß beschränkt werden. Überstunden müssen ebenso wie befristete Arbeitsverträge begründete Ausnahmen in der Arbeitswelt sein.

Die individuellen Ansprüche der Arbeitnehmer auf den verschiedensten Einkommens- und Qualifikationsstufen und in verschiedenen Lebenslagen werden sich in der Zukunft noch mehr als heute auseinanderentwickeln. Ziel sozialdemokratischer Politik muß es sein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen diesen unterschiedlichen Bedürfnissen anzupassen. Ziel ist die Aufrechterhaltung sozialer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards, die erst wirklich freie Entscheidungen der Arbeitnehmer ermöglichen.

Qualifikation

Angesichts des rasanten technischen Wandels und den Strukturanpassungen fällt einem beständigen Qualifikationsprozeß der Arbeitnehmer eine immer stärkere Bedeutung zu.

Die Fortsetzung einer auf Zerstückelung und Fremdsteuerung zielenden Arbeitsorganisation wäre weder menschengerecht noch den neuen technischen Möglichkeiten angemessen. Wie in der Vergangenheit bietet die große Zahl qualifizierter und qualifizierbarer Arbeitnehmer den entscheidenden Standortvorteil für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Arbeitnehmer, der Unternehmen und der gesamten Gesellschaft, die Qualifikation der Arbeitnehmer noch deutlich zu steigern. Wir fordern einen Investitionsschub für die berufliche Bildung und Fortbildung der Arbeitnehmer.

/16

Folgende Elemente fordern wir:

- Eine quantitative und qualitative Anhebung der beruflichen Bildung. Allein die Ausweitung beliebiger Ausbildungskapazitäten ist nicht zukunftsgerecht. Es muß um die Ausweitung der Ausbildung in zukunftsorientierten Branchen und Berufen gehen, Nutznießer beruflicher Bildungsanstrengungen sind vor allem die Unternehmen, sie haben sich entsprechend an der Finanzierung zu beteiligen.

- Heute und noch mehr in Zukunft wird die Bedeutung der Weiterbildung und Nachqualifikation zunehmen. Der Gesetzgeber und die Tarifvertragsparteien haben für die Arbeitnehmer die Voraussetzung für die Wahrnehmung der neuen Anforderungen zu schaffen. Das Risiko der Entwertung beruflicher Qualifikation im Produktionsprozeß kann nicht von den Arbeitnehmern allein getragen werden. Die ständige Verbindung von Arbeit und Weiterlernen, wie sie für mittlere und höhere Führungsebenen längst selbstverständlich ist, muß einen festen Platz im Erwerbsleben aller Arbeitnehmer bekommen.

Mit einer zielgerichteten Gesetzgebung, z.B. mit der Einführung der Mitbestimmung bei Einführung und Anwendung neuer Technik, mit einer deutlichen Schwerpunktbildung in der Forschungspolitik für eine arbeitnehmerorientierte Forschung zur Technikfolgenabschätzung, zur Technikanwendung und Technikgestaltung, durch ein Institut "Arbeit und Technik" und insgesamt einer neuen Anstrengung zur Humanisierung der Arbeit setzt sich sozialdemokratische Politik für die höchstmögliche Qualität der Arbeitsorganisation, der menschengerechten Kombination von menschlichen Fähigkeiten und neuer Technik ein.

Viele neue technische Möglichkeiten, z.B. der Mikroelektronik, werden erst unter diesen Bedingungen ihre wirkliche Qualität entfalten.

Die offensive Politik für qualifizierte Erwerbsarbeit deckt sich mit den Ansprüchen der Arbeitnehmer und den Anforderungen an eine leistungsfähgie, innovative und flexible Wirtschaftsstruktur in der Zukunft.

Wir setzen - wie mit der umweltgerechten Modernisierung - auf einen qualitativen Sprung nach vorn, der eine echte Alternative zu den Wachstumsstrategien der Konservativen in allen Volkswirtschaften ist.

Geordneter Strukturwandel

Wir bejahen den kontinuierlichen Strukturwandel unserer Wirtschaft. Wir lehnen jedoch einen Strukturwandel ab, der ohne Berücksichtigung der Interessen ganzer Regionen und der dort lebenden und arbeitenden Menschen abläuft.

Es ist Aufgabe der Politik der Unternehmen und der Gewerkschaften, sich fortlaufend mit der ökonomischen Entwicklung einer Branche und einer Region auseinanderzusetzen. Die Arbeitnehmer haben einen Anspruch darauf, daß sich die Unternehmen frühzeitig auf absehbare strukturelle Veränderungen einstellen und sich auf Zukunftsmärkte orientieren.

Den Bestand entwickeln, den Strukturwandel fördern

Die Aufgabe für Politik, Unternehmen und Gewerkschaften besteht darin, den Strukturwandel so zu gestalten, daß große ökonomische und soziale Brüche möglichst vermieden werden und der Herausbildung oder Erhaltung regionaler Monostrukturen entgegengewirkt wird.

Für die Regional- und Strukturpolitik der Zukunft ist die Schaffung vielfältiger Wirtschaftsstrukturen von zentraler Bedeutung. In der Gegenwart erwarten wir von den z. Z. wachsenden Branchen eine größere Mobilität.

Die Entwicklung und die Pflege des Bestandes produzierender Unternehmen ist eine der zentralen Aufgaben der Zukunft. Dabei muß in allen Problemregionen und Problembranchen sozial verträgliche Umstellung oder Modernisierung der Produkte und Produktion Vorrang haben vor Erhaltungssubvention.

Im Mittelpunkt der Industriepolitik steht dabei die Förderung der Konversion in der Rüstungs- und Chemiepolitik. Die Herausbildung und Erhaltung von Unternehmen oder Unternehmensstandorten mit einem Übergewicht in der Rüstungsproduktion verhindert nicht nur die Entwicklung der zivilen Modernisierung, sie gefährdet den Weg zu einer Abwendung von Rüstungsausgaben und Rüstungsexporten und führt zu immer neuen Beschäftigungsproblemen.

Einerseits profitieren wir alle von den Leistungen der Chemieindustrie, andererseits ist sie mit erheblichen Umweltproblemen belastet. Dies gilt sowohl für die Produktion als auch für die Produkte. Die Überleitung in umweltverträgliche Produkte ist dringend geboten, damit dieser für die Bundesrepublik Deutschland wichtige Industriezweig nicht in kurzer Zeit vor schwere Probleme gestellt wird. Hier wie in weiten Teilen des Rüstungssektors müssen eine ko-

ordinierte Forschungs- und Entwicklungspolitik des Staates und der Unternehmen in enger Kooperation mit den Belegschaften, den Betriebsräten und Gewerkschaften im Vordergrund stehen.

Zur Bewältigung des Strukturwandels in der gesamten Wirtschaft sind die Beratungskapazitäten für Unternehmen und Arbeitnehmer auszubauen. Vor allem Einrichtungen zur Förderung des Technologietransfers in kleine und mittlere Unternehmen haben dabei eine hohe Bedeutung.

Kleinen und mittleren Unternehmen muß in Zukunft stärker bei ihrem Eintritt in internationale Märkte, bei der Bewältigung von Kompensationsgeschäften, bei der Vorfinanzierung von Großaufträgen, z.B. im Ost-West-Handel, geholfen werden. Viele Unternehmen, die Produkte mit hohem technologischen Niveau hervorbringen, sehen sich zunehmenden Versuchen dritter Staaten gegenüber, durch sicherheitspolitisch begründete, in Wirklichkeit jedoch protektionistisch motivierte Beschränkung den internationalen Technologietransfer zu behindern, um heimische Industrien zu begünstigen.

Die Politik muß dieser Entwicklung entgegenwirken. Auf nationaler und europäischer Ebene muß zusätzlich ein Gegengewicht zu dem sich herausbildenden Monopol der USA für technisch-wissenschaftliche Datenbanken geschaffen werden.

Es gibt auch für die Zukunft einen Bestand von Branchen und Standorten, der aus langfristigen Notwendigkeiten heraus erhalten werden muß. Dies gilt z.B. für die heimische Kohle aus Gründen der Erhaltung einer nationalen Energiereserve, das gilt für Schiffbau, Schiffahrt und Häfen im Interesse der exportierenden Wirtschaft und der exportstarken Zulieferindustrie und das gilt für die Stahlindustrie.

Die Erfüllung dieser nationalen Aufgaben muß gesichert werden. Wenn die Entwicklung von sachgerechten Lösungen für die betroffenen Regionen und Branchen unter Beteiligung der Gewerkschaften und Betriebsräte an privatwirtschaftlichen Egoismen scheitert, sind gemeinwirtschaftliche Lösungen unumgänglich.

Internationale Wirtschaftspolitik

Der Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland ist zu einem bedeutenden Teil von der Beteiligung am Welthandel und der Konkurrenzfähigkeit der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen abhängig. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik kann und will diesen Zusammenhang nicht vernachlässigen.

Wir setzen deshalb alle Energie auf eine noch viel engere Zusammenarbeit der EG-Länder. Dabei werden wir unseren ganzen Einfluß geltend machen, um auch auf EG-Ebene eine Politik qualitativer Entwicklung durchzusetzen, wie wir sie für die Bundesrepublik Deutschland entwickelt haben.

Insbesondere müssen sich die Industrienationen Europas als Partner der Länder der Dritten Welt verstehen. Ihnen bei der Bewältigung ihrer großen Probleme zu helfen muß eine zentrale Aufgabe sein.

Dazu gehört die weitere Stärkung des europäischen Währungssystems, die engagierte Arbeit für die Bewältigung der Weltwährungskrise, die weitere Öffnung für die Produkte der Länder der Dritten Welt und nicht zuletzt der Einsatz für eine bessere Weltwirtschaftsordnung mit angemessenen Preisen für die Produkte und Rohstoffe aus den Ländern der Dritten Welt.

Wirtschaftliche Beziehungen können ein Beitrag zur Friedens- und Entspannungspolitik sein. Eine weitere Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Staatshandelsländern liegt deshalb sowohl in unserem wirtschaftlichen als auch allgemeinpolitischen Interesse.

Aufgabenorientierte Finanzpolitik

Die Finanz- und Steuerpolitik hat sich an den öffentlichen Aufgaben zu orientieren. Bund, Länder und Gemeinden müssen über die notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur umwelt- und menschengerechten Erneuerung der Industriegesellschaft verfügen.

Elemente einer vernünftigen Finanzpolitik sind:

- Eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, der vor allem die Sonderlasten ausreichend berücksichtigt, die einige Bundesländer im Interesse der Allgemeinheit tragen.

- Die Kommunen müssen von Sozialhilfelasten befreit werden, die nicht aus der besonderen Lebenslage ihrer Bürger, sondern aus den unzureichenden Leistungen bundesstaatlicher sozialer Sicherungssysteme resultieren. Dies gilt besonders für Sozialhilfelasten aus Arbeitslosigkeit und unzureichenden Renten.

- Ökonomisch und sozialpolitisch ist eine dauerhafte Sicherung der großen sozialen Sicherungssysteme eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahre.

Friedrich-Ebert-Stiftung 726 Bonn Bibliothek

In der Altersversorgung fordern wir eine Verbreiterung des Generationenvertrages und die Einbeziehung der ganzen ökonomischen Leistungskraft der Gesellschaft in die Finanzierung. Wir fordern einen eigenständigen zusätzlichen Wertschöpfungsbeitrag der Unternehmen zur Rentenversicherung.

- Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zur Beitragsbemessungsgrenze haben in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung ihrer Abgaben- und Steuerbelastung hinnehmen müssen. Ihre Belastung ist heute die höchste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dieser auch beschäftigungspolitisch schädlichen Beschneidung der Massenkaufkraft stehen beschäftigungspolitisch unwirksame Entlastungen für die Bezieher hoher und höchster Einkommen, vor allem aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, gegenüber.

- Wir fordern deshalb: Die Abschaffung der Kinderfreibeträge und die Rückkehr zu einem einheitlichen Kindergeld; die Konzentration der Mittel, die für eine Steuerentlastung eingesetzt werden können auf die unteren und mittleren Einkommen; ein umfassendes Programm zur Herstellung der Steuergerechtigkeit.

Insgesamt muß für die Finanz- und Steuerpolitik gelten:

o Die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürgerinnen und Bürger ist möglichst gering zu halten.

o Bund, Länder und Gemeinden sowie die Systeme der sozialen Sicherung müssen über ausreichende Mittel zur Bewältigung der ihnen von der Allgemeinheit zugewiesenen Aufgaben verfügen.

o Die Belastung mit Steuern und Abgaben darf kein Mittel der Umverteilung von unten nach oben sein. Alle Teile der Bevölkerung müssen sich gemäß ihrer Leistungskraft an der Finanzierung beteiligen, Möglichkeiten zur Steuervermeidung für die Bezieher hoher und höchster Einkommen müssen verschlossen werden.

o Staatliche Ausgaben sind immer wieder auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen, dies gilt insbesondere für eine große Zahl von Subventionen und Steuervergünstigungen. Wir fordern, daß zukünftig Subventionen und Steuervergünstigungen nur noch zeitlich befristet und mit genauer Zielangabe gewährt werden. Die Effizienz solcher Maßnahmen muß fortlaufend überprüft, Wissenschaft und Gewerkschaften müssen in die Prüfverfahren für eine etwaige Verlängerung solcher Maßnahmen einbezogen werden.

In den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, im Entwurf der Wirtschafts- und Finanzpolitischen Kommission des SPD-Parteivorstandes, im Entwurf für ein sozialpolitisches Programm, in den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Steuern, im Beschluß der Unterkommission Arbeit und Technik beim SPD-Parteivorstand und in vielen Gesetzentwürfen und Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion finden sich sachgerechte Lösungen für viele Einzelfragen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Finanzpolitik.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich dieser Vorarbeiten gemäß den Leitlinien der Wirtschaftspolitik bedienen. Sie wird ihre Politik an diesen Leitlinien messen lassen und selber messen.